

E-Mail-Newsletter

30. Oktober 2008

Liebe Mitglieder und Interessierte,

am Samstag in einer Woche findet unser 20-jähriges Jubiläum statt. Im heutigen Newsletter finden Sie dazu alle Informationen.

1. 20 Jahre Flüchtlingsrat Baden-Württemberg: Jubiläumsfest am 8. November und Aktion "Flüchtlingsrat pflanzt Bäume..."

Das Programm für unser Jubiläum steht nun fest. Vorträge, Musik, Rückblicke, Ausblicke und anderes mehr!

Im 20. Jahr: Flüchtlingsrat pflanzt 20 plus x Bäume in Baden-Württemberg! Die ersten Bäume sind gepflanzt. Wir würden uns freuen, wenn bei der Aktion weitere Initiativen mitmachen!

2. 15 Jahre Asylbewerberleistungsgesetz Pressemitteilungen

Das AsylbLG feiert seinen 15. Geburtstag. Grund genug für uns, gemeinsam mit den Grünen im Landtag mit einer Kritik an dem Gesetz an die Öffentlichkeit zu gehen. Darüber hinaus geben wir die heutige Presseerklärung von Pro Asyl zum Thema wieder.

3. Erstaufnahme von Asylsuchenden in Baden-Württemberg: Infos und Ansprechpartner

Für eine bundesweite Auswertung haben wir verschiedene Informationen und Adressen zusammengetragen.

4. Entscheidung über Asylerstverfahren beim BAMF derzeit ausgesetzt

Verschiedenen ähnlich lautenden Informationen zufolge, scheint das BAMF derzeit mit Entscheidungen über Widerrufs- und Rücknahmeverfahren ausgelastet zu sein.

5. Jagd auf Christen im Nordirak

In Mossul sollen Extremisten gezielt Angehörige der christlichen Minderheit ermorden. Das berichtet die "Süddeutsche Zeitung".

6. Petition: Aufenthaltsrecht für Roma-Flüchtlinge jetzt

Die Teilnehmer eines Roma-Treffens am 3. Oktober in Hannover bitten um Unterzeichnung einer Petition, die sich für ein Aufenthaltsrecht von Roma-Flüchtlingen aus dem Kosovo einsetzt.

7. "Pakt für Migration und Asyl"

Auf 15 Seiten behandelt der Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl, den die Staats- und Regierungschefs der EU Mitte Oktober beschlossen hatten, insgesamt fünf Handlungsfelder: legale Einwanderung, illegale Einwanderung, Grenzkontrollen, Asylpolitik sowie die Beziehung der EU zu Drittländern.

8. Flüchtlingsrecht auf dem Prüfstand Die Qualifikationsrichtlinie im deutschen Recht

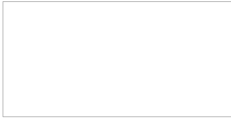
lautet der Titel einer beim Informationsverbund Asyl erschienenen Broschüre, die auch aus dem Internet heruntergeladen werden kann.

9. Länderinfos

10. Termine

Mit herzlichem Gruß

1. 20 Jahre Flüchtlingsrat Baden-Württemberg: Jubiläumsfest am 8. November und Aktion "Flüchtlingsrat pflanzt Bäume..."



Jubiläum am 8. November ab 9.30 Uhr im Gemeindehaus der Friedensgemeinde, Stuttgart, Schubartstr. 14

[Einladungskarte, Programm und weitere Infos](#). Bitte melden Sie sich möglichst

schnell an!

Weiterhin würden wir uns freuen, wenn auch Sie, die Mitglieder und FreundInnen, durch die dieses Jubiläum ja überhaupt erst möglich geworden ist, sowohl die xclusiv-Zeitung, die anlässlich des Jubiläums erscheinen soll als auch die Veranstaltung selbst mit Beiträgen bereichern. Fallen Ihnen z. B. Anekdoten ein, die Sie vortragen wollen? Kleine Geschichten, die Sie im Laufe der Jahre mit Flüchtlingen erlebt haben? Erfolgsmeldungen, die die so oft unbefriedigende Arbeit erträglicher gemacht haben? Wer hat noch Fotos? Oder kennen Sie Flüchtlinge, die etwas beitragen wollen? Denn gerne würden wir das Fest gemeinsam mit Flüchtlingen feiern, die in den letzten 20 Jahren nach Deutschland gekommen sind. Gerne können Sie uns, wenn Sie etwas zur Veranstaltung beitragen wollen, kontaktieren.

Im 20. Jahr: Flüchtlingsrat pflanzt 20 plus x Bäume in Baden-Württemberg!

Auch diese Aktion ist Bestandteil des Jubiläumsprogrammes. Die ersten Bäume sind bereits in Tübingen und Konstanz gepflanzt. Weitere werden in Kürze folgen. Wir würden uns freuen, wenn bei der Aktion weitere Initiativen mitmachen! Genaues zur geplanten Aktion können Sie auf unserer [Website](#) nachlesen. Wenn Sie eine Aktion bei sich vor Ort planen, bitten wir um Ihre Rückmeldung an die Geschäftsstelle, Urbanstraße 44, 70182 Stuttgart, Tel. 0711 553283-4, Fax -5, E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de.

2. 15 Jahre Asylbewerberleistungsgesetz Pressemitteilungen

Gemeinsame Presserklärung des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg und der Grünen im Landtag, 30.10.2008

15 Jahre Asylbewerberleistungsgesetz- Investition in Abschreckung mit Steuergeldern

Landesregierung soll sich für Abschaffung des Sachleistungsprinzips einsetzen

Am 1.11.08 ist das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) seit 15 Jahren in Kraft. Das Gesetz ist Bestandteil des Anfang der neunziger Jahre ausgehandelten Asylkompromisses, der unter anderem die Höhe und Form von Leistungen für hilfebedürftige AsylbewerberInnen, Geduldete und vollziehbar ausreisepflichtige AusländerInnen regelt. Im AsylbLG ist auch das Sachleistungsprinzip, sprich Waren statt Geld für Flüchtlinge verankert. Seit der Gesetzeseinführung haben sich die Rahmenbedingungen jedoch grundlegend verändert. Nach Auffassung des Flüchtlingsrates und der Grünen im Landtag wurde die der ursprünglichen Intention zugrunde liegende These des Sachleistungsprinzips, Anreize für illegale Einreisen nach Deutschland zu vermeiden, nie wirklich bewiesen. Inzwischen ist sie jedenfalls überholt, da durch das hermetische Grenzregime der EU kaum noch Flüchtlinge den Weg nach Deutschland bzw. Baden-Württemberg finden. Es sei jetzt an der Zeit, das gesamte System der Flüchtlingsunterbringung und Versorgung auf den Prüfstand zu stellen und sich von ideologischen Vorgaben zu befreien. Dass der Leistungssatz seit 1993 nicht mehr erhöht wurde, ist angesichts der zwischen 1994 und 2007 um 21,9 % gestiegenen Lebenshaltungskosten skandalös, zumal die Leistungen bereits 1993 30 % unter dem Sozialhilfesatz lagen. Grüne und Flüchtlingsrat fordern deshalb die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes und eine Abkehr vom Sachleistungsprinzip einzusetzen.

Die Zugangszahlen im Flüchtlingsbereich sind seit dem Jahr 2002 um 80% gesunken und befinden sich mit knapp 15 000 Flüchtlingen im Land auf einem historischen Tiefstand. Zahlreiche Kreise haben teilweise weniger als 100 Flüchtlinge zu betreuen, was die Unterbringung pro Flüchtling insgesamt verteuert. Die Folgen sind zu 50% leerstehende Gemeinschaftsunterkünfte im Land bei gleichbleibenden Kosten. Eine nötige Veränderung der Rahmenbedingungen sowie Kostensenkungen werden parteiübergreifend von niemand in Frage gestellt. Daher ist es angesichts der niedrigen Asylozugangszahlen spätestens jetzt geboten,

Flüchtlinge dezentral unterzubringen und vom Prinzip der Sachleistungen abzusehen.

Die Lieferung von Esspaketen per Lastwagen an einem oder mehreren Terminen pro Woche an wenige Flüchtlinge ist in vielen Landkreisen üblich. Im Enzkreis muss das Paket sogar persönlich entgegengenommen werden. Ist das mehrmals nicht der Fall, drohen Sanktionen. Diese Verfahrensweise ist weder human noch kostensparend.

Erwähnenswert ist an dieser Stelle, dass sobald die Flüchtlingsunterbringung in kommunaler Hand ist, sofort die Abkehr vom Sachleistungsprinzip geprüft wird. In anderen Bundesländern wie Berlin oder Rheinland-Pfalz wird den Flüchtlingen von den Kommunen fast ausschließlich Bargeld ausgezahlt.

gez.

Angelika von Loeper Werner Wölflé

Flüchtlingsrat Baden-Württ. MdL Bündnis 90/Grüne

Pro Asyl-Pressemitteilung 30.10.2008

1. November: Vor 15 Jahren trat das Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft

Trotz steigender Lebenshaltungskosten blieben die Leistungen seither unverändert

PRO ASYL: Das Prinzip war und ist Entrechtung, Abschreckung, staatlich organisierter Leistungsbetrug

Am 1. November 1993 trat das Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft. Seit nunmehr 15 Jahren gibt es zweierlei Existenzminima in Deutschland. Asylsuchende und viele Menschen mit Duldung werden von Staats wegen in eine Situation gebracht, in der in Zeiten steigender Lebensmittelpreise kaum noch das bloße physische Existenzminimum gedeckt ist. Unverändert stehen den Empfängern von Asylbewerberleistungen 1,36 Euro pro Tag und Person für den persönlichen Bedarf zur Verfügung. Mit diesem ihnen einzig zur Verfügung stehenden Bargelddbetrag müssen sie die Kosten für den ÖPNV, Telefongespräche, Porti u.a. bestreiten.

Das Prinzip des Gesetzes war und ist erklärtermaßen, potentielle Asylsuchende von der Antragstellung in Deutschland abzuschrecken. Die hierzulande lebenden Asylsuchenden werden zum Instrument dieser staatlichen Doktrin und damit zum bloßen Objekt staatlichen Handelns ein Anschlag auf die Menschenwürde. Das rassistische Sondergesetz muss weg.

Die nunmehr 15-jährige Praxis, die Leistungen nicht zu erhöhen, obwohl die Leistungsanpassung in § 3 Absatz 3 Asylbewerberleistungsgesetz ausdrücklich vorgesehen ist, ist eine Art staatlich organisierten Leistungsbetruges. Die Verbraucherpreise sind seit Inkrafttreten des Gesetzes um mehr als 23 Prozent gestiegen. Die Grundleistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes liegen um mehr als 35 Prozent unter dem Niveau der Sozialhilfe. Jeder weitere Anstieg der Verbraucherpreise vergrößert das Problem. Hinzu kommt, dass ein Großteil der Leistungsbezieher mit Sachleistungen abgespeist wird und in Lagern leben muss.

Inzwischen sind unter den Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, großenteils Geduldete, ja sogar nach einer letzten Verschärfung Menschen, die ein Bleiberecht aus humanitären Gründen erhalten haben.

Der Charakter des Gesetzes hat sich damit von einer Grundlage zur Leistungsgewährung an Asylsuchende in der ersten Zeit nach der Einreise zu einer Grundlage für die dauerhafte Entrechtung auch jahrelang hier Lebender gewandelt. Ihnen werden für vier Jahre in der Praxis vieler Bundesländer auch darüber hinaus die integrativen Leistungen vorenthalten. De facto ist dies alles, was über das physische Überleben hinausgeht.

Auf der politischen Agenda steht in Kürze die Beratung über die dringend notwendige Erhöhung der Hartz IV-Sätze. Es wird sich zeigen, ob die Bundesregierung dabei wieder die Einsicht verweigert, dass die Anpassung der Beträge des Asylbewerberleistungsgesetzes aus denselben Gründen längst überfällig ist. Zuletzt hat sie im April in der Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion Die Linke im Bundestag (BT-Drucksache 16/9018 und 16/7213) deutlich gemacht, dass sie eine Leistungserhöhung nicht für nötig hält.

Die Bruttoausgaben für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz lagen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2007 nur noch bei insgesamt 1,03 Milliarden Euro, der niedrigste Stand seit Einführung der Asylbewerberleistungsstatistik. Angesichts der Beträge, die aktuell für die Unterstützung notleidender Banken aufgebracht werden, sind das wahrlich Peanuts. 150.000 Menschen sind aktuell Opfer der organisierten Mangelversorgung durch das Gesetz.

gez. Bernd Mesovic
Referent

3. Erstaufnahme von Asylsuchenden in Baden-Württemberg: Infos und Ansprechpartner

Für eine bundesweite Auswertung haben wir verschiedene Informationen und Adressen zusammengetragen. Die angehängte [pdf-Datei](#) enthält Adressen des zuständigen Ministeriums, der zuständigen Behörden, der BAMF-Außenstellen, der Landesaufnahmestelle, Beratungsstellen sowie Infos zur Anhörung, zu Aufnahmeeinrichtungen und zur Verteilung der Flüchtlinge nach der Entlassung aus der LASt.

4. Entscheidungen über Asylverfahren beim BAMF derzeit ausgesetzt

Verschiedenen ähnlich lautenden Informationen zufolge, scheint das BAMF derzeit mit Entscheidungen über Widerrufs- und Rücknahmeverfahren derart ausgelastet zu sein, dass über Asylverfahren nur noch in wenigen Fällen (z. B. für Anerkennungsentscheidungen bei Angehörigen religiöser Minderheiten aus dem Irak) zeitnah entschieden werden kann. Offensichtlich hat das BAMF im Asylbereich in den vergangenen Jahren zu rigoros Personal abgebaut, obwohl die Arbeitsbelastung in Zusammenhang mit der 3-Jahres-Frist des §73 Abs. 2a S. 1 AsylVfG absehbar war.

5. Jagd auf Christen im Nordirak

Nordirak

Jagd auf Christen

In Mossul sollen Extremisten erneut einen Angehörigen der christlichen Minderheit ermordet haben. Die Christen fliehen aus der nordirakischen Stadt.

In der nordirakischen Stadt Mossul ermorden Extremisten weiter gezielt Angehörige der christlichen Minderheit. Nach Informationen der Nachrichtenagentur Aswat al-Irak wurde am Sonntag ein christlicher Ladenbesitzer in seinem Geschäft erschossen.

Die Polizei in Mossul erklärte zwar, sie werde zusätzliche Kräfte zum Schutz der Christen abstellen. Dies stoppte aber nicht die Flucht der Christen, die von den Extremisten seit Wochen mit Gewalt und anonymen Drohbriefen aus der Stadt vertrieben werden. Binnen einer Woche sollen bereits an die 1000 Christen die Stadt verlassen haben.

Der Gouverneur der Provinz Niniveh, Mohammed Kaschmula, sprach am Samstag sogar von etwa 3000 Menschen, die in der vergangenen Woche in Kirchen und Klöstern oder bei Verwandten in nahegelegenen christlichen Orten Zuflucht gesucht hätten. Sieben Christen seien in diesem Zeitraum getötet worden.

Kaschmula machte Extremisten von al-Qaida im Irak für die Morde und Vertreibungen verantwortlich. Früher seien Christen nur vereinzelt Opfer von Entführungen und anderen Angriffen geworden.

Rice reist in den Irak

Jetzt handle es sich offenbar um eine "gezielte Tötungskampagne", sagte der Gouverneur der Nachrichtenagentur AP. Nach Polizeiangaben sprengten sunnitische Aufständische am Samstagabend drei verlassene Häuser von Christen in die Luft.

Schätzungsweise drei Prozent der 26 Millionen Einwohner des Iraks sind Christen. Seit Beginn der US-Invasion 2003 wurden sie häufig Ziel von Anschlägen. In mehreren europäischen Ländern, darunter auch Deutschland, wurde zeitweise erwogen, christliche Flüchtlinge aus dem Irak bevorzugt aufzunehmen.

Die regierungsnah irakische Tageszeitung Al-Sabah berichtete unterdessen, US-Außenministerin Condoleezza Rice werde demnächst wieder in Bagdad erwartet. Ziel ihrer Reise in den Irak, die aus Sicherheitsgründen vorab nicht angekündigt werde, sei es, die letzte Hürde auf dem Weg zur geplanten Unterzeichnung eines langfristigen Sicherheitsabkommens zwischen beiden Staaten zu überwinden.

Das Abkommen soll nach dem Ablauf des UN-Mandates für die ausländischen Truppen im Irak die

Bedingungen für die weitere Präsenz der US-Truppen regeln.
(Süddeutsche Zeitung, 13.10.2008)

6. Petition: Aufenthaltsrecht für Roma-Flüchtlinge jetzt

Die Teilnehmer eines Roma-Treffens am 3. Oktober in Hannover bitten um Unterzeichnung einer Petition, die sich für ein Aufenthaltsrecht von Roma-Flüchtlingen aus dem Kosovo einsetzt.

Der Text der Petition lautet:

1. Beenden Sie die Diskriminierung Tausender Roma-Familien als Menschen 2. Klasse in Deutschland und Westeuropa durch eine großzügige Aufenthalts-Regelung. Stoppen Sie die Planungen für eine Massenabschiebung von Roma-Flüchtlingen in den Kosovo Anfang 2009!

2. Gewähren Sie den Roma-Flüchtlingen jetzt einen sicheren Status, die Unterstützung der Integrationspolitik wie anderen MigrantInnen auch, und eine Chance, an der Entwicklung der Aufnahme-Gesellschaften mitzuwirken.

Die Petition kann aus dem Web [heruntergeladen](#) werden und sollte bis 14.11. unterzeichnet und zurückgesendet werden.

7. "Pakt für Migration und Asyl"

Auf 15 Seiten behandelt der Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl, den die Staats- und Regierungschefs der EU Mitte Oktober beschlossen hatten, insgesamt fünf Handlungsfelder: legale Einwanderung, illegale Einwanderung, Grenzkontrollen, Asylpolitik sowie die Beziehung der EU zu Drittländern. Konkret bedeutet dies für die einen bessere Chancen auf Arbeit in Europa, für andere mehr Angst von Abschiebung.

"Die Europäische Union hat nicht die Ressourcen, um alle Migranten würdig aufzunehmen", heißt es im Text des Einwanderungspakts. Er schreibt erstmals das Prinzip einer EU-weiten Lastenteilung bei der Aufnahme illegaler Einwanderer fest, nennt aber keine Details. Damit setzen sich Mittelmeerländer wie Spanien, Italien, Griechenland und Malta durch, die sich seit Jahren beschweren, dass sie die bei ihnen anlandenden Flüchtlinge aus Afrika nicht innerhalb Europas weiterschicken können.

Pro Asyl hatte den Entwurf des Pakts bereits im Vorfeld [kritisiert](#) und die Kritik in einer Pressemitteilung am 15. Oktober erneuert:

Pro Asyl-Presseerklärung 15. Oktober 2008

Europäischer Rat tagt in Brüssel: PRO ASYL: EU-Staaten schließen "Pakt gegen Flüchtlingsschutz"

Während ihres Treffens am 15./16. Oktober werden die Staats- und Regierungschefs der EU den sogenannten *Europäischen Pakt für Migration und Asyl* beschließen. Die PRO ASYL vorliegende Entwurfsfassung lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die Abwehr von Flüchtlingen und Migranten wird gemeinsam gestaltet, den Rest machen die Nationalstaaten überwiegend nach eigenem Gusto. Im Zentrum der von der französischen Regierung ausgehenden Initiative steht die Kombination einer verstärkten Aufrüstung an den Außengrenzen, die Einbindung von Transitstaaten in die Flüchtlingsabwehr und die Neuauflage des "Gastarbeitermodells".

Vor exakt neun Jahren beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU im finnischen Tampere: Ziel einer gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik sei eine *offene und sichere Europäische Union, die uneingeschränkt zu ihren Verpflichtungen aus der Genfer Flüchtlingskonvention und aus anderen einschlägigen Menschenrechts-Übereinkünften steht*. Bundeskanzlerin Merkel und ihre Kollegen schließen jetzt einen Pakt gegen den Flüchtlingsschutz, der vor allem ein Ziel verfolgt: um die Festung Europa noch eine zweite Wallanlage zu errichten, so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL.

Aufrüstung an den Außengrenzen: Mit martialischen Worten fordert der Europäische Rat die

Mitgliedstaaten und die Kommission auf, "alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel einzusetzen, um eine wirksamere Kontrolle an den Land-, See- und Luftaußengrenzen zu gewährleisten". Der Preis der Abschottung Europas - die Tausenden von Toten an den EU-Grenzen - findet keine Erwähnung. Die Grenzschutzagentur FRONTEX soll mit höheren Mitteln ausgestattet werden. Dies ist ein Blankoscheck für eine Organisation, deren Budget ständig wächst, die aber weder vom europäischen noch von den nationalen Parlamenten wirksam kontrolliert wird.

Kooperation um jeden Preis: Wo FRONTEX operiert, gibt es qua definitionem nur "irreguläre Migration", die gemeinsam mit "Partnerstaaten" wie Libyen, Marokko, Tunesien, Mauretanien zu bekämpfen ist, welche menschenrechtlichen Standards diese Staaten auch immer haben mögen. Um zu gewährleisten, dass Flüchtlinge möglichst nicht die europäische Außengrenze erreichen, sollen sie bereits in den Transitstaaten abgefangen oder dorthin zurückverfrachtet werden. Mit diesen Staaten möchte die EU "eine ambitionierte Politik der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit" betreiben und die Rückkehr von Flüchtlingen und Migranten auch in Transitländer sichern.

"Europa des Asyls": Die Regierungschefs verkünden zwar auch ein "Europa des Asyls". Jedoch die Antwort auf die Frage, wie denn Schutzsuchende in dieses "Europa des Asyls" gelangen, liegt in den beiden vorhergenannten Schlüsselementen - Grenzschutz und Kooperation mit Drittstaaten - des Paktes: Der Zugang für Flüchtlinge nach Europa bleibt in der Regel versperrt und geschieht ansonsten nur unter Lebensgefahr.

Revival der gescheiterten "Gastarbeiterpolitik": Möglichkeiten der legalen Einwanderung anzubieten, bleibt im Ermessen der einzelnen Mitgliedsstaaten. Der Pakt verpflichtet demgemäß zu nichts Konkretem. Wenn die Staaten legale Einwanderung zulassen wollen, sind sie aufgefordert, den Formen der temporären oder zirkulären Migration den Vorzug zu geben. PRO ASYL hält dies für den Versuch einer Neuauflage der gescheiterten Gastarbeiterpolitik.

Der Widerstand wächst: Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in einem Beschluss vom 2. September 2008 unmissverständlich klargestellt, dass dieses Konzept der zirkulären Migration die Menschenrechte verletzt, insbesondere das Recht auf Schutz der Familie und das Recht auf Schutz vor Diskriminierung.

Über 250 Organisationen aus Europa und Afrika werden am 17./18. Oktober in Paris ihre Ablehnung gegen diesen Pakt, "den wesentlich von sicherheitspolitischen Prinzipien bestimmten Umgang mit Migration, der den Tod Tausender von Menschen in Kauf nimmt" zum Ausdruck bringen.

gez. Karl Kopp
Europareferent

8. Flüchtlingsrecht auf dem Prüfstand Die Qualifikationsrichtlinie im deutschen Recht

lautet der Titel des ersten Teils einer beim Informationsverbund Asyl erschienenen Broschüre, die auch aus dem Internet heruntergeladen werden kann. Die beiden AutorInnen Roland Bank und Friederike Foltz (Rechtsberater und externe juristische Beraterin bei UNHCR) setzen sich sehr ausführlich mit den Änderungen des deutschen Systems des Flüchtlingsschutzes auseinander, die sich durch die Anwendung der Bestimmungen der Qualifikationsrichtlinie seit Ablauf der Umsetzungsfrist im Oktober 2006 ergeben haben.

Das Heft ist für 2,50 Euro zzgl. Porto beziehbar über

Informationsverbund Asyl e. V.
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Mail: redaktion@asyl.net

9. Länderinfos

- bei der Schweizerischen Flüchtlingshilfe:

Neue Einträge auf der Webseite <http://www.osar.ch>:

HERKUNFTSLÄNDER <<http://www.osar.ch/country-of-origin>>

Georgien: Behandlungsmöglichkeiten bei PTSD Johanna Fuchs, SFH 2008-10-16 Auskunft der SFH-Länderanalyse, 7 Seiten.

http://www.osar.ch/2008/10/16/georgia_treatment_ptsd

*Russland: Behandlung eines schwer behinderten Kindes *Johanna Fuchs, SFH 2008-10-16 Auskunft der SFH-Länderanalyse, 4 Seiten.

http://www.osar.ch/2008/10/16/russia_disabled_child

Georgien: Update

Johanna Fuchs, SFH 2008-10-16

Update vom Oktober 2008 der SFH-Länderanalyse, 23 Seiten.

http://www.osar.ch/2008/10/16/georgia_update

Asylsuchende Roma aus Kosovo Position der SFH vom 10. Oktober 2008 pro 2008-10-10 Anknüpfend an ihre früheren Positionen und gestützt auf eine neue Lageanalyse nimmt die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH Stellung zur Beurteilung von Gesuchen von asylsuchenden Roma, Ashkali, «Ägypterinnen und Ägypter» aus Kosovo. (deutsch, 4 Seiten) http://www.osar.ch/2008/10/10/kosovo_roma

Türkei: Update

Helmut Oberdiek für SFH 2008-10-09

Update vom Oktober 2008, 26 Seiten.

http://www.osar.ch/2008/10/09/turkey_update

Äthiopien: Behandlung von HIV/Aids und einem Kropf Alexandra Geiser, SFH 2008-10-08 Auskunft der SFH-Länderanalyse, 5 Seiten.

http://www.osar.ch/2008/10/08/ethiopia_treatment_aids

Kamerun: Mitgliedschaft in der Social Democratic Front (SDF) Alexandra Geiser, SFH 2008-10-08 Auskunft der SFH-Länderanalyse, 9 Seiten.

http://www.osar.ch/2008/10/08/cameroon_membership_sdf

Kamerun: Überprüfung der Echtheit eines Haftbefehls Michael Kirschner für SFH 2008-09-25 Gutachten der SFH-Länderanalyse, 4 Seiten.

http://www.osar.ch/2008/09/25/cameroon_warrant

Irak: Drohbrief der Kataib Ushaq al Firdaws Michael Kirschner für SFH 2008-09-25 Gutachten der SFH-Länderanalyse, 12 Seiten.

http://www.osar.ch/2008/09/25/irak_threat_paradise_lovers

Georgien: Gefährdung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Aslan Abashidzes

Johanna Fuchs, SFH 2008-09-18

Auskunft der SFH-Länderanalyse, 5 Seiten.

http://www.osar.ch/2008/09/18/georgia_danger_staff_abashidze

- in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats:

Uns liegen Lageberichte des Auswärtigen Amtes für folgende Länder vor:

-Bosnien und Herzegowina

-Sozialistische Republik Vietnam
 -Republik Somalia
 -Eritrea
 -Arabische Republik Syrien
 -Republik Indien
 -Republik Aserbaidschan
 -Republik Weißrussland
 -Republik Ghana
 -Republik Armenien

Falls Sie für die Verfahrensberatung einen der Berichte benötigen, können Sie diesen bei uns anfordern.

10. Termine

Plenen des Flüchtlingsrats B.-W. in Stuttgart, Friedengemeindehaus:

08.11.2008 mit Jubiläum "20 Jahre Flüchtlingsrat/Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg" (siehe 1.)

7.03.2009

Sonstige Termine:

4.11.2008, Nürtingen-Roßdorf, Ev. Stephanusgemeinde, 20 Uhr: Horst Oberkampff: Flucht und Exil. Auf Besuch bei Christen im Irak. Die Christen im Irak sind gegenwärtig verstärkt Zielscheibe von Angriffen radikaler Gruppen. Sie werden aus ihrem Land vertrieben. Auf ihrem ungewissen Fluchtweg leben inzwischen Christen aus dem Irak auch in unserer Region.

5.11.2008, 20.30 Uhr, Nürtingen, Kinopalast: Film: Im Schatten des Bösen: Der Krieg gegen die Frauen im Kongo. Film von Susanne Babila, die bei der Veranstaltung auch selbst anwesend sein wird.

5.11.2008: Stuttgart-Stammheim, Schlossscheuer, 19.30: Jama Maqsudi: Afghanistan: Bomben oder eine friedliche Zukunft für die Kinder? Veranstaltet vom Dt.-afgh. Flüchtlingshilfeverein und den Naturfreunden S-Stammheim.

21.-23.11.2008, Bad Boll, Ev. Akademie: Integration heißt Partizipation und Teilhabe: Eine stärkere Teilhabe und Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in der Gesellschaft und an zivilgesellschaftlichen Prozessen steht im Fokus dieser Tagung. Vorgestellt werden Modelle aus der Praxis und realisierbare innovative Ideen. Weitere Themen: Selbstorganisation und Engagement für Partizipation, besonders für das kommunale Wahlrecht von Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger. [Weitere Infos und Programm.](#)

2.12.2008, Stuttgart, Haus der Wirtschaft, Raum Karlsruhe, 18 Uhr: Gabriele del Grande: Mamadou's Fahrt in den Tod. Szenische Lesung aus dem Buch; mit einer Einführung des Autors. Im Rahmen der "Stuttgarter Buchwochen".

3.12.2008, Karlsruhe, Landesgewerbeamt, Meidingersaal, 20 Uhr: Gabriele del Grande: Mamadou's Fahrt in den Tod. Szenische Lesung aus dem Buch; mit einer Einführung des Autors. Im Rahmen der "Karlsruher Bücherschau".

4.12.2008, Stuttgart, Stadtbücherei, 18.30 Uhr: 50 Jahre Erklärung der Menschenrechte: Festung Europa? Flüchtlingspolitik und Flüchtlingschutz in der EU. Podiumsdiskussion mit Wolfgang Kreissl-Dörfler (MdEP), Michael Griesbeck (Vizepräsident des BAMF), Ruth Weinzierl (Expertin für Migration und Flucht in Europa beim Dt. Institut für Menschenrechte), Karl Kopp (Europareferent bei Pro Asyl), Anna Koktsidou (SWR International), Moderation: Karl-Heinz Meier-Braun (Leiter der Red. SWR International).

12.-14.12.2008, Bad Boll, Ev. Akademie: Frauen in der kurdischen Gesellschaft. Ihre Rechte und ihre Beteiligung im Bundesland Kurdistan/Irak und in den kurdischen Regionen der Türkei. Tagung über die Situation von kurdischen Frauen in der Türkei und im Nordirak. [Weitere Infos.](#)

22.-24.01.2009: Bad Boll, Ev. Akademie: Flüchtlinge und Spätaussiedler: Aktuelle Themen und Angebote. [Weitere Infos und Programm](#)

25.11.2008: Tag gegen Gewalt gegen Frauen mit "Fahnenaktion" von Terre des Femmes. Weitere Infos: www.frauenrechte.de.

10.12.2008: Tag der Menschenrechte